

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Tageszeitung

德華日報

中華郵政特准掛號立券之報紙

Motto:

Treu der alten Heimat und der neuen.

4. Jahrgang

Tientsin, Sonntag, den 13. August 1933.

Nummer 879

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Berlin, den 10. August (Transocean K.) Im Anschluss an die Verfügung des Reichskanzlers, Vorbereitungen für den zweiten Abschnitt des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit zu treffen, welcher den bereits erreichten Erfolg während der Wintermonate sicherstellen soll, fand hier heute eine Versammlung aller Vorsitzenden der provincialen Arbeitsbüros, sowie der Präsidenten des Reichsarbeitsamtes und der Arbeitslosenversicherung statt. Es wurde darauf hingewiesen, dass der Plan der Regierung nicht darin bestehe, nur während der Sommermonate Arbeit zu beschaffen, sondern eine organische Entwicklung einzuleiten, welche nicht abbricht und die Ergebnisse des Sommers für den kommenden Winter sicherzustellen. Um dies Ziel zu erreichen, muss die Zahl der weiblichen Angestellten reduziert und das System der Doppelverdiener abgeschafft werden. Weiter dürfen die pensionierten Arbeiter, welche bisher neben ihrer Pension Einnahmen durch Arbeiten zu reduzierten Raten hatten, ihre bisherige Arbeit nicht fortsetzen. Im Laufe dieser Verhandlung wurde darauf hingewiesen, dass die Hitler-Regierung in dieser Beziehung weit erfolgreicher als alle anderen Regierungen gewesen ist, da das Vertrauen zurückkehrt und der Einzelne bereit ist, Opfer für die Allgemeinheit zu bringen.

Der Vorsitzende der Versammlung sprach zum Schluss die Hoffnung aus, dass Ende September die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland unter 4 Millionen gefallen sein wird.

Zu den deutsch-österreichischen Beziehungen

Rom, den 10. August (Transocean K.) Die heute veröffentlichte amtliche Erklärung enthält zu den deutsch-österreichischen Beziehungen und der Einmischung Englands und Frankreichs in Berlin weitere Einzelheiten.

Als Vizekanzler von Papen im Juli in Rom war, wurde auch mit Mussolini die Frage der deutsch-österreichischen Beziehungen besprochen. Der italienische Erstminister wies schon damals darauf hin, dass es im Interesse der Beziehungen Deutschlands zu Italien wie zu den anderen Staaten liege, dass die Spannung zwischen Deutschland und Oesterreich behoben werde. Von Papen übermittelte Mussolinis Worte an Hitler, und anschliessend erfolgten Unterhandlungen zwischen Vertretern der deutschen und italienischen Regierung.

Als die britische Regierung unabhängig hiervon die Initiative ergriff und in Berlin vorstellig wurde, wies die italienische Regierung darauf hin, dass es besser sei, die Ergebnisse der freundschaftlichen Verhandlungen zwischen Italien und Deutschland abzuwarten. Kurz darauf gab die deutsche Regierung eine Erklärung ab, in welcher der dem italienischen Botschafter in Berlin gegenüber vertretene Standpunkt bezgl. der Rundfunkpropaganda und des Fliegens deutscher Maschinen über oesterreichischem Gebiet bestätigt wurde. Die italienische Regierung hat die französische und britische Regierung von dem Inhalt der deutschen Antwort unverzüglich verständigt und den Vorschlag gemacht, dass diese Regierungen von dem beabsichtigten Schritt in Berlin Abstand nehmen sollen. Das wäre wahrscheinlich auch getan worden, wenn genügend Zeit gewesen wäre, um von London und Paris die nötigen Instruktionen an ihre Botschaften in Berlin zu geben. In hiesigen amtlichen Kreisen wird es als ratsam angesehen, die ganze Angelegenheit als abgeschlossen zu betrachten.

Grosser Erfolg des pommerschen Fischtages

Stettin, den 11. August (Transocean A.) Durch die öffentliche Unterstützung ist der in Pommern angesetzte Fischtag zur Linderung der Not deutscher Fischer zu einem grossen Erfolge geworden. Alle Fischläden waren bis auf die letzte Sprotte ausverkauft.

Es ist wahrscheinlich, dass in Zukunft häufiger Fischtage angesetzt werden, um die wirtschaftliche

Die Eisen- und Stahlindustrie

Düsseldorf, den 10. August (Transocean K.) Auf der heutigen Sitzung des Verwaltungsausschusses der „Vereinigten deutschen Eisen- und Stahl-Industriellen“ wurde nachfolgender Beschluss einstimmig gefasst: „In dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit muss jede denkbare Möglichkeit zwecks Wiedereinstellung von Arbeitern ausgenutzt werden. Die Verteilung der vorhandenen Arbeit auf eine grössere Anzahl von Arbeitern als bisher, ist eine Methode, welche unter den augenblicklichen Verhältnissen Erfolg verspricht. Wir raten daher dringend unseren Mitgliederfirmen die Arbeit in ihren Werken derart zu reorganisieren, dass eine sechs-Tage-Woche nicht mehr als 40 Arbeitsstunden in Fabriken, Werkstätten und Büros hat. Sollten sich die Verhältnisse bessern, sodass das zu erledigende Arbeitsquantum steigt, so sollte diese Arbeit nicht durch Verlängerung der Arbeitsstunden, sondern durch Einstellung neuer Kräfte geregelt werden.“

Es sei darauf hingewiesen, dass in Deutschland eine starke Bewegung in dieser Richtung unter Führung der Schwerindustrie eingesetzt hat. Es ist daher zu hoffen, dass dieser Schritt von Seiten der Eisen- und Stahl-Industriellen der Anfang zu einer weitverbreiteten Bewegung ist, die Arbeitslosigkeit durch Kürzung der Arbeitstage zu bekämpfen.

265 000 Arbeitsfreiwillige

Berlin, den 10. August (Transocean K.) Nach der soeben veröffentlichten Statistik betrug am 31. Juli die Zahl der in den Freiwilligen Arbeitsdienst Eingestellten 265 000.

Lage eines grossen Teils der Küstenbevölkerung zu heben.

Zu dem polnisch-danziger Abkommen

Warschau, den 11. August (Transocean A.) Die Krakauer Zeitung „Czas“, ein glühender Unterstützer der augenblicklichen polnischen Regierung, veröffentlichte einen kritischen Artikel über den neuen Vertrag zwischen Danzig und Polen. Sie erklärt, dass dieser Vertrag die Grundlage „aufrichtiger Befriedigung“ biete. Weiter schreibt diese Zeitung, dass es zweifellos für beide Parteien vorteilhafter ist, die bestehenden Differenzen durch direkte Verhandlungen zu regeln, anstatt die kostspielige und langweilige Vermittlung des Völkerbundes zu suchen.

Polen verzichtet keineswegs auf das Recht, den Hafen von Gdingen für seinen Seehandel zu benutzen. Gdingen bleibt auch in Zukunft „der eigentlich polnische Hafen“, und die polnische Regierung wird Danzig vor Gdingen niemals eine Vorzugsbehandlung zuteil werden lassen.

Das wichtigste Zugeständnis des danziger Senats betrifft die polnische Bevölkerung Danzigs. Selbst die nationaldemokratische Presse in Polen, die ein Gegner des augenblicklichen Regimes in Polen ist, nennt den kürzlich abgeschlossenen Vertrag „einen guten Anfang“. Sie sagt aber, dass es von Danzig abhängt, ob sich dieser Vertrag als wirksam erweisen wird.

Deutsch-türkisches Wirtschaftsabkommen

Berlin, den 11. August (Transocean K.) Die Zahl der wirtschaftlichen Abkommen, welche Deutschland seit dem Regierungsantritt Hitlers mit ausländischen Staaten abgeschlossen hat, ist gesternabend durch ein Wirtschaftsabkommen mit der Türkei vermehrt worden. Die Presse spricht sich über dieses Abkommen sehr zufrieden aus und äussert die Ueberzeugung, dass die freundschaftlichen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei eine weitere Besserung erfahren, und dass der deutsche Aussenhandel hierdurch ein neues Absatzgebiet gewinnt. Dieser Ansicht trat auch der türkische Geschäftsträger auf einem zu Ehren des türkischen Wirtschaftsministers in Berlin gegebenen Dinner bei. Es wurde weiter erklärt, dass die türkische Regierung bereit sei, für eine Reihe deutscher Importwaren das Quotensystem ausser Kraft zu setzen.

Nationalsozialismus und Universität

Von Prof. Dr. Willy Andreas, Rektor der Universität Heidelberg

„Im Zeichen einer mächtigen Staatsumwälzung vollzieht sich Ihr Eintritt ins akademische Leben und in die Gemeinschaft unserer Universität. Ueber jeden einzelnen von Ihnen, er mag sich Bedeutung zumessen oder nicht, rauschen die Flügelschläge grossen Geschehens dahin.“

Die Regierung der nationalen Erhebung hat in kürzester Frist mit einer Planmässigkeit und Schlagkraft ohnegleichen Dinge vollbracht, um die ganze Generationen deutscher Geschichte vergebens gerungen haben.

Die Mainlinie ist beseitigt und wird hoffentlich für immer der Vergangenheit angehören. Politiker, die diesen Begriff mit zweideutiger Drohung ausspielen, wird die Jugend von heute, die in neue Verhältnisse hineinwächst, nicht mehr dulden. Zwietracht und Eigenwilligkeit der Länder dürfen nie mehr das Haupt erheben. Möge das Gift des Partikularismus, dieser verhängnisvollsten Macht unserer Vergangenheit, nie mehr in Zukunft aufkeimen. Die Ländergrenzen sollen unserer Jugend nicht mehr zur persönlichen und herufflichen Entwicklungshemmung werden. Mit der gegenseitigen Abschlüssung in Verwaltung und Schule muss gebrochen werden. Die politische Willensbildung unserer Nation, die ohnehin viel später als die Nachbarvölker zur staatlichen Einheit gelangt ist, darf nicht mehr in eigenstaatlicher Vielverschränktheit und Krähwinkelei ersticken.

Der landschaftliche Reichtum unseres Vaterlandes und die kraftvolle Manigfaltigkeit der deutschen Stämme mögen sich in dem Bereich von Sitte und Bildung, von Dichtung und Kunst entfalten. Vielleicht werden Heimatsinn und Bodenständigkeit sich sogar inniger entwickeln, wenn ihnen der vertrocknende Hauch politischer Eigenbrüdelei und Selbstsucht fern bleiben. Sollten aber irgendwelche Parteien im Stillen dem Wiederanbruch jener Regierungsweise entgegenharren, die schon Bismarck als Souveränitätsschwindel gezeigelt hat, so werden sie den Zorn der Jugend zu befürchten haben, deren Denken sich fortan in weiteren Gesichtsräumen bewegt. Denn es gibt für uns nach dem herrlichen Wort des Freiherrn vom Stein nur ein Vaterland und das heisst: Deutschland! In gleicher Leidenschaft würde die junge Generation gegen eine erneute Aufspaltung der Nation in Klassen, gegen die Auflösung des Volksganzen in Interessenkämpfen und Wirtschaftsegoismus entbrennen.

Es ist für mich auch als Historiker beglückend, mich im Kampf gegen diese Erbübels unserer Geschichte und der jüngsten Vergangenheit mit der Jugend eins zu wissen, wie überhaupt die Lehrer der Geschichte an dieser Universität zu den geistigen Wegbereitern eines starken Reichsgedankens gehören. Der Entwicklungsmarkstein, den der Nationalsozialismus mit diesen grundstürzenden Umbildungen gesetzt hat, darf nicht mehr nach rückwärts verrückt werden.

Im Unterschied zu anderen Revolutionen ist es die besondere Eigenart dieser Volksbewegung unserer Tage geworden, dass sie dem Deutschen, wenn er als solcher fühlt, keine andere Entscheidung mehr lässt, als mit ihr zu gehen. Angesichts ihrer unwiderstehlichen Gewalt und ihrer Auswirkung, angesichts der Zwangsläufigkeit ihrer Entwicklung ist man gleichsam vor keine andere Wahl gestellt.

In einem Wort: Der Nationalsozialismus ist Deutschlands Schicksal geworden! Er muss seine Sendung erfüllen. Das gilt von innen wie von aussen her gesehen. Würde er scheitern, oder auch nur in der Lösung entscheidender Aufgaben versagen, so wäre Deutschland dem Untergang geweiht, aber auch der ganze Erdteil würde dann früher oder später dem Chaos verfallen.

Die Dinge liegen ernst. Keine Festbegeisterung und kein Schwung des Neuschaffens darf uns diesen Ernst verschleiern. Es ist deutsche Art, den Tatsachen ins Auge zu schauen, und dem Mann geziemt es, sie beim Namen zu nennen.

Der Aufbau einer ständigen zu gliedernden Gesellschaft, Wirtschaftserneuerung und Meisterung der Arbeitslosigkeit, die Bannung der unheimlich anschwellenden ausserpolitischen Gefahren und die